



Bekanntmachung

» Deutsche Rentenversicherung Baden-Württemberg

Körperliche Fitness verbessern mit RV Fit und RV Fit Kompakt

Kostenfreie Präventionsangebote für Berufstätige: Gesundheitliche Probleme frühzeitig erkennen und aktiv angehen, damit Gesundheitsschäden erst gar nicht entstehen – das ist das Ziel des Präventionsprogramms RV Fit der Deutschen Rentenversicherung (DRV). An der kostenfreien Maßnahme können berufstätige Versicherte teilnehmen, die seit mindestens sechs Monaten sozialversicherungspflichtig arbeiten und ersten Zipperlein wie gelegentlichen Rückenschmerzen, leichtem Übergewicht, Stress- oder Schlafproblemen entgegenwirken möchten.

Alle DRV-Versicherten profitieren von dem Präventionsprogramm RV Fit. Darauf weist die Deutsche Rentenversicherung Baden-Württemberg (DRV BW) anlässlich des Weltgesundheitstages am 7. April hin.

Mit individuellem Trainingsprogramm zum Ziel: Das individuelle Trainingsprogramm von RV Fit möchte berufstätigen Versicherten ein ganzheitlich verbessertes Lebensgefühl vermitteln, in dem Elemente zu Bewegung, Ernährung und Stressbewältigung miteinander verzahnt und bequem in den Alltag der Teilnehmenden integriert werden.

Die mehrtägige Startphase findet ambulant oder stationär in einer durch die DRV zugelassene Präventionseinrichtung statt. Darauf folgen drei Monate berufsbegleitendes Training in der Freizeit, das erst unter Anleitung in der Gruppe und später selbstständig weitergeführt wird. Nach einem halben Jahr endet das Angebot mit einer Auffrischungsphase, in der Tipps und Strategien für gesundheitsorientiertes Verhalten entwickelt werden.

Keine Nachteile für Arbeitnehmer während der Präventionsmaßnahme: Für die Start- und Auffrischungsphase sind die Teilnehmenden von der Arbeit freigestellt und erhalten ihr Gehalt weiter. Dazu sind Arbeitgeber gesetzlich verpflichtet. Denn auch für Unternehmen ergibt sich mit der Teilnahme ein großer Nutzen: Gesunde Beschäftigte haben weniger Krankheitszeiten, sind motivierter und bringen ihr Fachwissen länger in den Betrieb ein. Gerade in Zeiten des immer stärker werdenden Fachkräftemangels ist eine leistungsfähige Belegschaft eine wichtige Ressource und ein entscheidender Wettbewerbsvorteil. Ein ärztlicher Befundbericht ist für die Teilnahme nicht notwendig. Eine Zuzahlung ist nicht zu leisten, Fahrkosten für An- und Abreise werden bezuschusst.

RV Fit Kompakt – die digitale Variante: Die DRV bietet allen Versicherten bundesweit die Variante RV Fit Kompakt an. Im Gegensatz zu RV Fit kombinieren zugelassene Reha-Einrichtungen standortunabhängig das regionale Präsenzangebot mit digitalen Phasen. Die Betreuung erfolgt mittels App und mit therapeutischer Unterstützung. Dies ermöglicht ein flexibles Training – wann und wo der Teilnehmende möchte.

Kostenfreies Präventionsprogramm beantragen: Einfach anmelden unter www.rv-fit.de. Wer möchte, kann vorab auch den **Ü45-Onlinecheck** unter www.driv-bw.de/ueber45-onlinecheck machen oder weitere Informationen zu RV Fit und RV Fit Kompakt erhalten.

Ansprechpersonen für Prävention und Reha: Wer darüber hinaus in den persönlichen Austausch gehen möchte, findet die regionalen Ansprechpersonen unter www.driv-bw.de/Ansprechstelle.

Bekanntmachung

Leitungseinführung der Anlage 5120 in das Umspannwerk (UW) Eichstetten

Einleitung des Planfeststellungsverfahrens durch das Regierungspräsidium Freiburg und Möglichkeit zur Einsichtnahme in die Planunterlagen

Die TransnetBW GmbH hat die Feststellung des Planes nach § 43 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) i. V. m. §§ 72 ff. Landesverwaltungsverfahrensgesetz (LVwVfG) für die Leitungseinführung der Anlage 5120 in das UW Eichstetten beantragt.

1. Vorliegend beantragt die Vorhabenträgerin die Planfeststellung des Projekts „Leitungseinführung der Anlage 5120 in das Umspannwerk Eichstetten“. Das beantragte Vorhaben sieht auf einer Gesamtlänge von ca. 1,5 km die Errichtung und den Betrieb der 220-kV-Freileitungsanlage 5120 als Ersatz für die bestehende 220-kV-Freileitungsanlage 5120 im Bereich von Mast 224 bis zum Umspannwerk Eichstetten sowie Sanierungsmaßnahmen im Bereich von Mast 222 bis 224 vor. Dieser Abschnitt beinhaltet auch die Errichtung und den Betrieb einer Stromkabelanlage im Endfeld zwischen dem neuen Kabelendmast 227A und den Anschlussstellen an die Netzkupplerttransformer im Umspannwerk Eichstetten sowie die Errichtung und den Betrieb des hierfür erforderlichen Tunnelbauwerkes in Form eines Mikrotunnels. Im Bereich der Bestandsleitung der Maste 222 bis 224 wird auf einer Länge von ca. 0,5 km eine Neubeseilung und ein Kettentausch durchgeführt.

Die geplante Trasse verläuft weitgehend außerhalb der Trasse der 220-kV-Bestandsleitung. Das Vorhaben sieht einen standortgleichen Ersatzneubau des Mastes 224A sowie den Neubau der Maste 225A, 226A und 227A vor. Die vier bestehenden Maste sowie deren Leiterseile sollen zurückgebaut werden. Die geplante Freileitung ist technisch für die Führung von zwei 220-kV-Stromkreisen ausgelegt. Gegenüber der Bestandssituation werden keine zusätzlichen Stromkreise geführt. Auch die Übertragungskapazität und die Spannungsebene bleiben unverändert.

2. Die Planunterlagen für das Vorhaben mit dem Erläuterungsbericht können ab **Montag, den 14.04.2025** auf der Internetseite des Regierungspräsidiums Freiburg über den Pfad **Über uns / Abteilung 2 / Referat 24 / Aktuelle Planfeststellungsverfahren** oder durch Eingabe in das Adressfeld des Internetbrowsers von <https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpf/abt2/ref24/planfeststellung/> zur Einsichtnahme aufgerufen und heruntergeladen werden (dort unter der Rubrik „Energieleitungen“)

Der gesetzliche Einsichtnahmezeitraum (§ 73 Abs. 3 Satz 1 LVwVfG) endet am **Freitag, den 23.05.2025**.

Dieser wurde wegen der Ferienzeit 10 Tage über den gesetzlich vorgesehenen Zeitraum von einem Monat hinaus verlängert. Die Planunterlagen werden aber darüber hinaus bis zum Abschluss des Verfahrens auf der o.g. Internetseite des Regierungspräsidiums einsehbar bleiben.

Das Gesetz sieht vor, dass die Gemeinde als für die Auslegung zuständige Behörde die Planunterlagen auf ihrer Internetseite für die Öffentlichkeit zugänglich macht (§ 73 Abs. 3 Satz 1 Landesverwaltungsverfahrensgesetz, § 43 a Satz 2 Energiewirtschaftsgesetz). Aus Gründen der Vereinfachung erfolgt dies für die Dauer des o.g. Einsichtnahmezeitraum durch Verlinkung von der Internetseite der Gemeinde

<https://www.teningen.de/startseite>

auf die o.g. Seite des Regierungspräsidiums.

Sofern ein Beteiligter dies verlangt, wird ihm eine alternative leicht zu erreichende Zugangsmöglichkeit zur Verfügung gestellt. Das Verlangen ist während des oben genannten Einsichtnahmezeitraums an das Regierungspräsidium Freiburg (Referat 24, 79083 Freiburg im Breisgau) zu richten.

3. Jeder, dessen Belange durch das Vorhaben berührt werden, kann bis zwei Wochen nach Ablauf der Möglichkeit zur Einsichtnahme also bis einschließlich **Freitag, den 06.06.2025** schriftlich oder zur Niederschrift beim Regierungspräsidium Freiburg



Referat 24

79083 Freiburg i. Br. (schriftlich)
bzw. Kaiser-Joseph-Straße 167
79098 Freiburg i. Br. (zur Niederschrift)
oder beim

Bürgermeisteramt Teningen
Riegeler Straße 12, 79331 Teningen

Einwendungen gegen den Plan erheben (Einwendungsfrist). Vereinigungen, die auf Grund einer Anerkennung nach anderen Rechtsvorschriften befugt sind, Rechtsbehelfe nach der Verwaltungsgerichtsordnung gegen die Entscheidung nach § 74 LVwVfG einzulegen, werden hiermit entsprechend von der Möglichkeit der Einsichtnahme benachrichtigt. Gleichzeitig wird ihnen Gelegenheit gegeben, innerhalb der oben genannten Einwendungsfrist schriftlich Stellung zu nehmen.

Für die Fristwahrung ist der Eingang der Einwendung bzw. Stellungnahme beim Regierungspräsidium Freiburg oder beim Bürgermeisteramt maßgeblich. Mit Ablauf der Einwendungsfrist sind für das Planfeststellungsverfahren alle Einwendungen gegen den Plan ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Dies gilt entsprechend auch für Stellungnahmen der Vereinigungen.

Die Schriftform der Einwendung bzw. der Stellungnahme (= mit handschriftlicher Unterschrift versehenes Schreiben) kann ersetzt werden durch Übermittlung auf elektronischen Weg an referat24@rpf.bwl.de, sofern diese den Voraussetzungen des § 3a Abs. 2 LVwVfG entspricht; Einwendungen mit einfacher E-Mail sind nicht zulässig.

Es wird darauf hingewiesen, dass das Vorbringen im Rahmen einer frühen Öffentlichkeitsbeteiligung nicht als Einwendung anzusehen ist und daher im förmlichen Planfeststellungsverfahren wiederholt werden muss, wenn es im Verfahren beachtlich sein soll.

Einwendungen müssen die konkrete Betroffenheit des geltend gemachten Belangs erkennen lassen.

Für Einwendungen, die von mehr als 50 Personen auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form vervielfältigter gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Eingaben), gilt derjenige Unterzeichner als Vertreter der übrigen Unterzeichner, der darin mit Namen, Beruf und Anschrift als Vertreter bezeichnet ist, soweit er nicht von ihnen als Bevollmächtigter bestellt worden ist. Diese Angaben müssen deutlich sichtbar auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite enthalten sein. Vertreter kann nur eine natürliche Person sein. Einwendungen, die den vorstehenden Anforderungen nicht entsprechen oder auf denen Unterzeichner ihren Namen oder ihre Anschrift nicht oder unleserlich angegeben haben, können unberücksichtigt bleiben.

In Anwendung der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) weisen wir darauf hin, dass die erhobenen Einwendungen und die darin mitgeteilten personenbezogenen Daten ausschließlich für dieses Planfeststellungsverfahren vom Referat 24 (Recht und Planfeststellung) des Regierungspräsidiums als Verantwortlichem erhoben, gespeichert und verarbeitet werden. Die persönlichen Daten werden benötigt, um den Umfang der jeweiligen Betroffenheit beurteilen zu können und werden an den Vorhabenträger und seine Beauftragten zur Auswertung weitergegeben. Es handelt sich um eine erforderliche Verarbeitung nach Art. 6 Absatz 1 Satz 1 c DSGVO. Sowohl der Vorhabenträger als auch dessen Beauftragte sind zur Einhaltung der DSGVO verpflichtet. Die Daten werden so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen für den genannten Zweck erforderlich ist. Auf Verlangen werden Name und Anschrift des Einwenders vor der Weitergabe der Einwendung unkenntlich gemacht, wenn diese Angaben zur ordnungsgemäßen Durchführung des Verfahrens nicht erforderlich sind. Ergänzend wird auf die Datenschutzerklärung der Planfeststellungsbehörde des Regierungspräsidiums Freiburg (u.a. mit den Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten) verwiesen. Diese ist abrufbar unter www.rpf-freiburg.de/datenschutz-planfeststellung

4. § 73 Abs. 6 LVwVfG sieht vor, dass nach Ablauf der Einwendungs- bzw. Äußerungsfrist die rechtzeitig erhobenen Einwendungen, Äußerungen und Stellungnahmen mit dem Träger des Vorhabens, den Behörden, den Vereinigungen, den Betroffenen sowie den Personen, die Einwendungen erhoben haben, in einer mündlichen Verhandlung erörtert werden (Erörterungstermin).

Es wird darauf hingewiesen, dass nach § 43a Nr. 3 EnWG ein Erörterungstermin nicht stattfindet, wenn Einwendungen gegen das Vorhaben nicht oder nicht rechtzeitig erhoben worden sind, die rechtzeitig erhobenen Einwendungen zurückgenommen worden sind, ausschließlich Einwendungen erhoben worden sind, die auf privatrechtlichen Titeln beruhen, oder alle Einwender auf einen Erörterungstermin verzichten. Im Übrigen kann gem. § 43a Nr. 3 S. 1 EnWG auf einen Erörterungstermin verzichtet werden. Dies kann insbesondere dann erfolgen, wenn nur wenige Einwendungen erhoben oder Stellungnahmen abgegeben worden sind.

Findet ein Erörterungstermin statt, wird dieser mindestens eine Woche vorher ortsüblich bekannt gemacht. Die Behörden, der Träger des Vorhabens und diejenigen, die Einwendungen erhoben oder Stellungnahmen abgegeben haben, werden von dem Erörterungstermin benachrichtigt.

Es wird darauf hingewiesen,

- dass Personen, die Einwendungen erhoben haben, oder Vereinigungen, die Stellungnahmen abgegeben haben, vom Erörterungstermin durch öffentliche Bekanntmachung benachrichtigt werden können, wenn mehr als 50 Benachrichtigungen vorzunehmen sind und

- dass bei Ausbleiben eines Beteiligten im Erörterungstermin auch ohne ihn verhandelt werden kann.

Es wird weiter darauf hingewiesen, dass gem. § 27c Abs. 1 LVwVfG der Erörterungstermin durch eine Onlinekonsultation oder – mit Einwilligung der zur Teilnahme Berechtigten – durch eine Video- oder Telefonkonferenz ersetzt werden kann.

5. Durch die Planfeststellung wird die Zulässigkeit des Vorhabens einschließlich der notwendigen Folgemaßnahmen an anderen Anlagen im Hinblick auf alle von ihm berührten öffentlichen Belange festgestellt. Neben der Planfeststellung sind andere behördliche Entscheidungen, insbesondere öffentlich-rechtliche Genehmigungen, Verleihungen, Erlaubnisse, Bewilligungen, Zustimmungen und Planfeststellungen nicht erforderlich. Durch die Planfeststellung werden alle öffentlich-rechtlichen Beziehungen zwischen dem Vorhabenträger und den durch den Plan Betroffenen rechtsgestaltend geregelt. Bei Zulassung des Vorhabens entscheidet die Planfeststellungsbehörde im Planfeststellungsbeschluss über die Einwendungen, über die im Erörterungstermin keine Einigung erzielt worden ist.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen sowie über die Stellungnahmen der Vereinigungen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden kann, wenn mehr als 50 Zustellungen vorzunehmen sind.

6. Die Einzelfallprüfung nach § 7 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung hat ergeben, dass durch das Vorhaben keine entscheidungserheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind und daher keine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht, sind.

Das Regierungspräsidium bittet weiterhin um Beachtung nachfolgender Punkte:

- Kosten, die durch Einsichtnahme in Planunterlagen, die Erhebung von Einwendungen und Teilnahme am Erörterungstermin entstehen, können nicht erstattet werden.

- Entschädigungsansprüche, soweit über sie nicht im Planfeststellungsbeschluss dem Grunde nach zu entscheiden ist, werden nicht im Planfeststellungsverfahren, sondern in einem gesonderten Entschädigungsverfahren behandelt.

- Von Beginn des Einsichtnahmezeitraums an tritt die Veränderungssperre auf den vom Plan in Anspruch genommenen

Grundstücken nach § 44a Abs. 1 EnWG in Kraft. Außerdem steht ab diesem Zeitpunkt dem Vorhabenträger nach § 44a Abs. 3 EnWG ein Vorkaufsrecht an den vom Plan betroffenen Flächen zu.

Allgemeine Informationen zum Thema Planfeststellung können auf der Internetseite <https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpf/abt2/ref24/> abgerufen werden.

Diese Bekanntmachung kann sowohl auf der Internetseite der Gemeinde unter <https://www.teningen.de/startseite> als auch auf der des Regierungspräsidiums Freiburg www.rp-freiburg.de unter der Rubrik „Aktuelles“ eingesehen werden.

Teningen, den 09.04.2025

**für die Gemeindeverwaltung
gez. Heinz-Rudolf Hagenacker
Bürgermeister**

» **Agentur für Arbeit Freiburg**

Sprechstunde der Berufsberatung im Erwerbsleben: Beruflich am Ball bleiben

Am Donnerstag, 17. April, gibt es in der Agentur für Arbeit Freiburg, Lehener Straße 77, eine offene Sprechstunde für Erwerbstätige und Wiedereinsteigende, die Antworten auf Fragen zu ihrer beruflichen Zukunft suchen. Die Sprechstunde beginnt um 14 Uhr und endet um 16 Uhr. Sie findet statt im Raum A006 (Bauteil A, Berufsinformationszentrum). Die Kurzberatungen sind kostenlos. Anmeldung erforderlich unter <https://eveeno.com/offenesprechstunde>. Berufliche Veränderungen, egal ob gewollt oder dem Strukturwandel geschuldet, erfordern mehr und mehr professionelle Begleitung. Deshalb gibt es die „Berufsberatung im Erwerbsleben“. Mit Informationen, Rat und bei Bedarf auch finanzieller Unterstützung richtet sie sich in erster Linie an Beschäftigte und Wiedereinsteigende. Beratung gibt es zu den Themen: Beruflich aufsteigen, Qualifikationen erweitern oder nachholen, Beruf wechseln oder beruflich wieder einsteigen. QR-Code zur Veranstaltung (Link siehe oben).



Digital voran gehen – Spart Zeit und entlastet Personal

Die eServices der Bundesagentur für Arbeit (BA) bieten Arbeitgebenden viele Möglichkeiten, um kostbare Zeit und wertvolle Personalressourcen zu sparen. Zwei davon sind **KEA** und **BEA**. Hinter diesen Abkürzungen verbergen sich nützliche Online-Angebote, die Arbeitgebende wirksam entlasten.

KEA (Kurzarbeitergeld-Dokumente elektronisch annehmen) ist eine volldigitalisierte und sichere Übergabemöglichkeit von Kurzarbeitergeldanträgen einschließlich der Abrechnungslisten. Für die Nutzung von KEA ist ein zertifiziertes Entgeltabrechnungsprogramm erforderlich. Das Verfahren kann damit von Betrieben sowie bevollmächtigten Dritten, die im Auftrag eines Betriebs Kurzarbeitergeld, Saison-Kurzarbeitergeld und ergänzende Leistungen abrechnen und beantragen, genutzt werden. Dabei werden alle erforderlichen Daten direkt aus dem Entgeltabrechnungsprogramm zu einem Datensatz zusammengefasst und automatisiert an die Agentur für Arbeit übermittelt. Alle Infos zu den Vorteilen und Voraussetzungen für KEA gibt es unter <https://www.arbeitsagentur.de/unternehmen/finanziell/kea>.

Das Verfahren **BEA** (Bescheinigungen elektronisch annehmen), bei dem Arbeitsbescheinigungen rein digital übermittelt werden, erleichtert Unternehmen den Datenaustausch mit der BA. Die Nutzung des digitalen Verfahrens ist gesetzlich verpflichtend. Die Abgabe der Bescheinigungen kann nur noch auf elektronischem Wege erfolgen, eine Abgabe in Papierform ist nicht mehr möglich. Wissenswertes zu BEA gibt es unter <https://www.arbeitsagentur.de/unternehmen/personalfragen/bea>.

» **Landratsamt Emmendingen**

Verlegung des Abfuhrtermins für Papiertonne

Wegen Ostern werden die Papiertonnen in Bahlingen, Emmendingen, Reute, Vörstetten, Weisweil und Wyhl bereits einen Werktag früher geleert. In Herbolzheim, Kenzingen, Malterdingen und Teningen verschiebt sich die Abholung auf den nächsten Werktag. In allen anderen nicht genannten Orten gibt es keine Änderungen. Die genauen Termine stehen im Abfallkalender.

Abholung der Gelben Säcke verschiebt sich um einen Tag

In der Osterzeit werden die Gelben Säcke in Bahlingen, Biederbach, Denzlingen, Elzach, Endingen, Forchheim, Reute, Riegel, Sasbach, Sexau, Simonswald, Teningen, Vörstetten, Weisweil, Winden und Wyhl bereits einen Werktag früher als gewohnt abgeholt. Dagegen erfolgt die Abfuhr in Emmendingen, Freiamt, Gutach, Herbolzheim, Kenzingen, Malterdingen, Rheinhausen und Waldkirch jeweils einen Werktag später. Die genauen Termine stehen im Abfallkalender.

Geänderte Abfuhrtermine für Graue Tonnen wegen Ostern

In zwölf Gemeinden erfolgt die nächste Abfuhr der Grauen Tonnen bereits einen Werktag früher. Dies gilt für Bahlingen, Biederbach, Elzach, Emmendingen, Freiamt, Herbolzheim, Kenzingen, Malterdingen, Reute, Sexau, Vörstetten und Winden. In den anderen zwölf Gemeinden werden die Tonnen dagegen einen Tag später geleert. Die genauen Termine sind im Abfallkalender gekennzeichnet.

Öffnungszeiten Recyclinghöfe und Grünschnitt in der Osterzeit

Die Recyclinghöfe und Grünschnittplätze des Landkreises sind am Karfreitag, 18. April, geschlossen. Am Karsamstag, 19. April, sind alle Recyclinghöfe regulär geöffnet, am Gründonnerstag ist auch der Recyclinghof in Teningen geöffnet.

Abfallanlage auf dem Kahlenberg am 19. April geschlossen

Am Karsamstag, 19. April, ist keine Anlieferung von Sperrmüll, Kühlgeräten und anderen Stoffen auf der Abfallanlage auf dem Kahlenberg bei Ringsheim möglich. An diesem Tag ist auch der neue Wertstoffhof auf dem Kahlenberg geschlossen.

„Das Kandelbergland“ – Buch mit vielen Infos zum Kandel

Der Kandel ist als Hausberg des Landkreises Emmendingen zu jeder Jahreszeit ein attraktives Ausflugsziel. In der vor wenigen Monaten veröffentlichten Neuauflage des Buchs „Das Kandelbergland – Eine Entdeckungsreise im Naturpark Südschwarzwald“ gibt es viele allgemeine Informationen, Einblicke rund um den Kandel in die Geschichte die Geologie, die Flora, die Landwirtschaft, natürliche Energiegewinnung sowie über Land und Leute zu entdecken. Zudem finden die Leserinnen und Leser Tipps zu abwechslungsreichen Wanderwegen mit verschiedenen Schwierigkeitsgraden und zu Einkehr- und Übernachtungsmöglichkeiten am Kandel. Das Buch „Das Kandelbergland – Eine Entdeckungsreise im Naturpark Südschwarzwald“ ist in den Tourismusbüros und Buchhandlungen in der Region erhältlich. Es kostet 9,90 Euro.